Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 9. Dezember 2010
Ausgabe 236

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› Telefonische Erreichbarkeit deutlich verbessert 3
› Neue Öffnungszeiten im KVR 3
› München erhält Europäischen Solarpreis 5
› Kulturreferat intensiviert europäischen Austausch 5
› Neue Räume für den internationalen Künstleraustausch 8
› Matthias Politycki kuratiert beim Literaturfest München 2011 9
› Erstmals Phönix-Preis für Migrantenunternehmen verliehen 10
› Verkaufsstart des Münchner Ferienpasses 2011 12
› Neuer Internetspaziergang über Münchens Friedhöfe erschienen 13
› Münchner Lyrikerinnen lesen und diskutieren 14
› Bauzentrum: Vortrag „Heizöltanks richtig sanieren“ 15
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 16
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 8. Dezember 16
Antworten auf Stadtratsanfragen **17**
› Wo ist der historische Gedenkstein vom Waldfriedhof, der an die Opfer des Flugzeugabsturzes an der St.-Paul-Kirche vom 17.12.1960 erinnert? 17
› Kameraüberwachung am Sendlinger Tor – Mehr Schaden als Nutzen 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **28**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 10. Dezember, 12 Uhr,
Deutsches Museum, Verkehrszentrum, Theresienhöhe 14a
Bürgermeisterin Christine Strobl informiert über den 4. Münchner Familienpass, dessen Verkauf am 13. Dezember beginnt. Ralf Müller, Vorstandsmitglied der Sparda-Bank München eG, überreicht einen Scheck in Höhe von 75.000 Euro. Die Sparda-Bank München eG fördert den Münchner Familienpass seit seiner Einführung im Jahr 2008. Das Deutsche Museum ist einer der beliebten Partner des Münchner Familienpasses, der Familien Ermäßigungen und Anregungen bietet.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet. Familien mit Kindern stehen für Fotos im Verkehrszentrum bereit.

Wiederholung
Freitag, 10. Dezember, 13 Uhr, Marianne-Brandt-Straße
Stadtrat Christian Müller (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Kinderkrippe Marianne-Brandt-Straße.

Dienstag, 14. Dezember, 11.30 Uhr, Aachener Straße 9
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Hildegard Kohlmann im Namen der Stadt zum 103. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 16. Dezember, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit der Vorsitzenden Dr. Stephanie Hentschel statt.

Meldungen

Telefonische Erreichbarkeit deutlich verbessert

(9.12.2010) Auf mehr als das Doppelte ist die Zufriedenheit der Münchner Bürgerinnen und Bürger mit der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung gestiegen. Dies ergab eine Umfrage aus dem Herbst 2010. Waren es im Jahr 2007 gerade einmal 28 Prozent, die zufrieden mit der telefonischen Erreichbarkeit waren, so stieg die Quote mittlerweile auf 66 Prozent. Dabei machte der Anteil der Anruferinnen und Anrufer, die sich als „sehr zufrieden" bezeichneten, sogar einen Sprung auf das annähernd Sechsfache.

Die Bürgerfreundlichkeit gehört zu den wichtigsten Zielen der Landeshauptstadt München. Die Stadt hat deshalb mit einem mehrstufigen Konzept auf die nicht zufriedenstellenden Umfrageergebnisse zur telefonischen Erreichbarkeit von 2007 reagiert. Um möglichst schnell Abhilfe zu schaffen, wurden Sofortmaßnahmen in den Behörden mit den häufigsten Telefonkontakten umgesetzt. Dazu zählte neben Optimierungen in der Telefontechnik und Personalaufstockungen ein neues Qualifizierungskonzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Servicetelefonen. Darüber hinaus erleichterte es die neu eingerichtete stadtweite Vernetzung unter den Servicetelefonen, zwischen den Referaten Erfahrungen auszutauschen und von diesen wechselseitig zu profitieren. Diese Maßnahmen zeigen nun ihre Wirkung und bestätigen das Konzept.

Um die Erreichbarkeit noch weiter zu steigern und nachhaltig auf einem hohen Niveau zu halten, sind zusätzliche Maßnahmen insbesondere im Bereich des Wissensmanagements geplant. Vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrats wird mit der Einführung der bundesweiten Behördenrufnummer 115 bei der Landeshauptstadt München zudem ein weiterer Quantensprung in Richtung Bürgerfreundlichkeit vollzogen. Bürgerinnen und Bürger können dann mit einer leicht merkbaren Rufnummer sowohl Auskünfte zu den Dienstleistungen der Landeshauptstadt erhalten wie auch zu denen anderer Kommunen sowie zu Leistungen der Länder und des Bundes.

Neue Öffnungszeiten im KVR

(9.12.2010) Das Kreisverwaltungsreferat startet mit neuen Öffnungszeiten ins Jahr 2011. Grundlage hierfür sind u.a. die Rückmeldungen und Verbesserungswünsche aus den drei Kundenbefragungen, die das Referat im vergangenen Jahr durchgeführt hat. Mit einer Kombination aus Ausweiten, Umschichten und Anpassen der Öffnungszeiten an die heutigen Bedürf-

nisse der Kundinnen und Kunden werden optimierte Servicezeiten ohne zusätzliches Personal ermöglicht.

Was ist „neu" an den neuen Öffnungszeiten?

- ***Einheitliche KVR-Öffnungszeiten***
  An allen „Haupt- und Zweigstellen" des KVR gelten nun dieselben Öffnungszeiten. Die bislang praktizierten unterschiedlichen Parteiverkehrszeiten insbesondere an den Standorten Ruppertstraße, Eichstätter Straße (Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde) und den Außenstellen des Bürgerbüros werden vereinheitlicht.
- ***Frühöffnung auf drei Tage ausgeweitet***
  Künftig ist nicht nur am Freitag, sondern auch am Montag und Mittwoch schon vor 8 Uhr geöffnet. Berufstätige haben damit die Möglichkeit, ihre Behördengänge schon vor der Arbeit zu erledigen. An allen drei „Frühöffnungstagen" startet der Dienstbetrieb einheitlich um 7.30 Uhr.
- ***Zusätzlicher Behördennachmittag***
  Am Donnerstag wird eine zusätzliche Nachmittagsöffnung (bis 16 Uhr) angeboten. Das bisherige Angebot „langer Dienstag" (bis 18.30 Uhr) bleibt daneben erhalten.
- ***Durchgehende Mittagsöffnung an zwei Tagen***
  Am Dienstag und Donnerstag sind Behördengänge nun auch in der Mittagszeit möglich. Der Parteiverkehr beginnt an beiden Tagen um 10 Uhr.
- ***Mittwochs-Sonderregelung***
  In bestimmten Bereichen gilt eine Sonderregelung, um beispielsweise für zeitaufwändige Anliegen längere Zeitfenster zu reservieren, oder in befristeten Sonderaktionen Rückstände abzuarbeiten.
  Eine „Mittwochs-Sonderregelung" gilt derzeit für folgende Bereiche: Ausländerbehörde, Einbürgerung, Geburtenbüro, Urkundenstelle (ausschließlich mit Terminvereinbarung) sowie Waffenbehörde und Fahrerlaubnisbehörde (nicht geöffnet).

Die neuen Öffnungszeiten auf einen Blick:

- Montag 7.30 bis 12 Uhr
- Dienstag 10 bis 18.30 Uhr
- Mittwoch 7.30 bis 12 Uhr*
- Donnerstag 10 bis 16 Uhr
- Freitag 7.30 bis 12 Uhr

* Ausländerbehörde, Einbürgerung, Geburtenbüro und Urkundenstelle ausschließlich mit Terminvereinbarung; Waffenbehörde und Fahrerlaubnisbehörde nicht geöffnet.

Die neuen Öffnungszeiten sind auch auf dem neuen KVR-Kalender 2011 im praktischen Scheckkartenformat aufgedruckt. Die Mini-Kalender sind

in der Stadt-Information im Rathaus und in den Dienststellen des Kreisverwaltungsreferates erhältlich. Die neuen Öffnungszeiten können auch im Internet unter *www.kvr-muenchen.de* abgerufen werden.

München erhält Europäischen Solarpreis

(9.12.2010) Für die Ausbauoffensive „Erneuerbare Energien" der Stadtwerke München GmbH (SWM) erhält München in diesem Jahr den Europäischen Solarpreis. Ab 2025 wollen die Stadtwerke so viel Ökostrom in eigenen Anlagen erzeugen, dass damit der gesamte Münchner Strombedarf gedeckt werden könnte. Insgesamt werden die SWM dafür neun Milliarden Euro investieren.

„Aufgrund klarer Vorgaben vom Stadtrat für den örtlichen Energieversorger sowie des großen Investitionsvolumens werden die CO_2-Emissionen pro Einwohner drastisch reduziert. Die bayerische Landeshauptstadt München zählt somit unter Europas Großstädten zu den Vorreitern in Sachen Klimaschutz", heißt es in der Begründung zur Preisvergabe. SWM-Geschäftsführer Dr. Florian Bieberbach wird die Auszeichnung am Freitag, 10. Dezember, in Berlin entgegen nehmen.

Der Europäische Solarpreis wird von EUROSOLAR – Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien – in Kooperation mit der KfW-Bankengruppe seit 1994 für beispielhafte Projekte und Initiativen zur Nutzung Erneuerbarer Energien vergeben.

Kulturreferat intensiviert europäischen Austausch

(9.12.2010) Das Münchner Kulturreferat und seine internationalen Partner sind auf Erfolgskurs: Alle bisher bei der Europäischen Union eingereichten Kulturprojekte wurden gefördert. Damit konnten wichtige Ziele des internationalen Konzepts des Kulturreferats erreicht werden. Es wurden Netzwerke aufgebaut, die die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit ermöglichen.

Derzeit stehen vor allem die Stärkung und der Ausbau von Artist-in-Residence Programmen und das Thema „Kulturelle Bildung" im Mittelpunkt der Bemühungen. Das neue Projekt „SWAP – Arts. Residencies. Exchange." richtet sich vor allem an bildende Künstlerinnen und Künstler, denen es Arbeits- und Präsentationsmöglichkeiten in elf Ländern ermöglicht. Beim Tanzprojekt „Shifting Minds_ Moving Europe" werden Jugendliche aus München, Amsterdam, Leeds und Vilnius mit Tänzerinnen und Tänzern arbeiten, die auf diese Weise ihre pädagogischen Konzepte austauschen. Beide Vorhaben wurden in Brüssel eingereicht, um sie mit Unterstützung der europäischen Union durchführen zu können. Eine Realisierung ist auch vorgesehen, wenn keine EU-Förderung erfolgen sollte, dann allerdings in reduziertem Umfang.

„Die beiden neuen EU-Projekte zeugen vom anhaltenden Engagement des Kulturreferats in der europäischen Kulturpolitik. Sowohl die internationale Ateliertauschbörse SWAP als auch das tanzpädagogische Austauschprojekt ‚Shifting Minds_Moving Europe' erweitern den Blick über Länder- aber auch Erfahrungsgrenzen hinaus. Die Münchner Kulturszenen, der Nachwuchs und das Publikum werden von den neuen kreativen Impulsen profitieren", so Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München.

„SWAP – Arts. Residencies. Exchange."

Das Kulturreferat wird „Residencies" und Ateliertausch verstärkt fördern und auch in München die kulturelle Infrastruktur dafür weiter ausbauen. 2010 war das Kulturreferat Partner im von der niederländischen Organisation „Trans Artists" geleiteten EU-Projekt „On Air" und bot in diesem Zusammenhang einen Workshop zum Thema für Münchner Künstlerinnen und Künstler an. Nun ist München selbst Projektkoordinator für „SWAP – Arts. Residencies. Exchange." Das auf vier Jahre angelegte neue Projekt SWAP will die Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern fördern. Durch die Vermittlung von Arbeits- und Wohnräumen werden temporäre Auslandsaufenthalte möglich, die das kreative Schaffen inspirieren. Multilaterale Kontakte sollen den Aktionsradius erweitern. Bei der Rückkehr in die Heimatstadt bringen die Beteiligten neue Impulse mit in die Szene, in der sie zuhause sind.

Bei SWAP stehen strukturelle Anliegen im Vordergrund, die über den individuellen Austausch weit hinausgehen. Durch die Kooperation bei SWAP ist es künftig allen beteiligten Institutionen möglich, Künstlerinnen und Künstler ins Ausland zu entsenden, als Gäste einzuladen, internationale Kontakte aufzubauen und nachhaltig zu pflegen. Die internationale Vernetzung kleinerer und mittelgroßer Kulturinstitutionen wird deutlich verbessert. Beteiligt sind Organisationen aus München, Dortmund, Gent (Belgien), Genua (Italien), Izmir (Türkei), Liverpool/Southend (Großbritannien), Riga (Lettland), Stockholm (Schweden), St. Ouen (Frankreich), Tirana (Albanien), Warschau (Polen) und Zagreb (Kroatien). Sie stellen Ateliers, Wohnungen und Präsentationsforen zur Verfügung, in die sie Künstlerinnen und Künstler aus den genannten Städten einladen. Sie binden ihre Gäste in Projekte ein und ermöglichen die Vernetzung in der Kulturlandschaft ihrer eigenen Stadt und sorgen für die Sichtbarkeit des Austausches vor Ort. Außerdem entsenden sie Künstlerinnen und Künstler ins Ausland und generieren damit internationale Aufmerksamkeit für ihre Kunstszene. Während der Projektlaufzeit von 2011 bis 2015 werden insgesamt 160 Plätze vergeben.

Die Mitgestaltung globaler Tendenzen im Kunstbetrieb ist möglich, auch weil die SWAP-Kooperation über starke assoziierte Partner verfügt: Euroci-

ties, Goethe-Institut und die Austauschplattformen „Trans Artists" sowie „Stichting beehive" aus Amsterdam.
Das Kulturreferat der Stadt München hat SWAP gemeinsam mit Platform3, einer Qualifizierungsinitiative, die vom Referat für Arbeit und Wirtschaft finanziert wird, initiiert. Es konnte bei der Suche nach Partnerstädten auf seine Kontakte aus bisherigen europaweiten und EU-geförderten Projekten zurückgreifen. Diese nachhaltigen Effekte bestärken das Kulturreferat in seinem internationalen Kulturkonzept: Es stellt die gemeinsame Entwicklung neuer Kunst- und Kulturprojekte über bloßen Kulturimport und -export.

„Shifting Minds_Moving Europe"

Tanz und Tanzpädagogik steht im Mittelpunkt dieses europäischen Projekts, an dem München, Leeds und Amsterdam beteiligt sind. Jugendliche zwischen elf und 18 Jahren werden sich tänzerisch damit beschäftigen, was Heimat für sie bedeutet. Neben Unterricht in zeitgenössischem Tanz, den ihnen Profis erteilen, sollen sie andere Länder kennenlernen und dort ihre Leistungen präsentieren. Es geht also um die eigene Identität in einem internationalen Zusammenhang, an der mit kreativen Ausdrucksformen gearbeitet werden soll.
„Shifting Minds_Moving Europe" stärkt den europäischen Austausch unterschiedlicher Ansätze in der Tanzpädagogik. Für die lehrenden Tänzerinnen und Tänzer bedeutet das Qualifizierung über nationale Grenzen hinweg. Neue Techniken erarbeiten, Gemeinsamkeiten und Unterschiede erleben und Innovatives entwickeln – dies ist beim Tanz auch unabhängig von Sprachbarrieren möglich.
Zum Ende des Projekts werden die Jugendlichen in ihren Heimatstädten und im Rahmen der jährlichen „Tanzwerkstatt Europa" in München ihre Stücke aufführen. „Shifting Minds_Moving Europe" ist eingebettet in bestehende Strukturen der jeweils lokalen Tanzszene. Koordiniert wird das Projekt vom Kulturreferat der Stadt München in enger Kooperation mit Tanz und Schule e.V. In Leeds ist die Phoenix Dance Company ausführender Partner, in Amsterdam Stichting Balls/ISH Company. Vilnius beteiligt sich über seine Kulturverwaltung am Austausch. Allen beteiligten Städten ist kulturelle Bildung ein wichtiges Anliegen. Sie beschreiten gemeinsam neue Wege und entwickeln aus den praktischen Erfahrungen theoretisches Wissen, das sie auch anderen zur Verfügung stellen werden.
Die EU-Projekte dienen aber nicht nur der Netzwerkarbeit, sondern erweitern im Falle der finanziellen Förderung die Gestaltungsspielräume des Kulturreferats ganz erheblich.
Im Rahmen der Weiterentwicklung seiner internationalen Strategie hat das Kulturreferat außerdem mit dem „Ebenböckhaus" ein zweites Artist-in-

Residence-Programm neben der Villa Waldberta ins Leben gerufen, das mit dazu beitragen wird, den sich verstärkenden Kulturaustausch zu tragen und auswärtige Gastkünstlerinnen und Gastkünstler aufzunehmen. (Siehe dazu nachfolgende Pressemitteilung)
Weitere Informationen unter Telefon 2 33-2 60 05.

Neue Räume für den internationalen Künstleraustausch
(9.12.2010) Im ersten Stock des „Ebenböckhauses" in Pasing werden ab 2011 Künstlerinnen und Künstler aus dem Ausland und außerhalb Bayerns eine Heimat auf Zeit finden. Damit baut das Kulturreferat der Stadt München seine internationalen Aktivitäten weiter aus: Drei Wohneinheiten in der Ebenböckstraße 11 ermöglichen Gästen einen mehrwöchigen Aufenthalt in München, um vor Ort intensiv an Projekten oder Festivals mitzuwirken.
„Durch die Öffnung des Ebenböckhauses für internationale Künstlerinnen und Künstler wird die kulturelle Infrastruktur, die das Kulturreferat bereitstellt, um einen wichtigen Baustein erweitert. Wir stärken den internationalen Austausch des Münchner Kulturlebens und bringen diesen zugleich auch in die Stadtviertel hinein. Diese Wechselwirkung beschreibt unser weit- gefasstes und integratives Verständnis von internationaler Kulturarbeit", so Dr. Hans Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München.
Das „Ebenböckhaus" trägt den Namen seines früheren Eigentümers, der das Haus der Stadt München vor fast zwei Jahrzehnten vermacht hat. Er hat es gemeinnützigen und öffentlichen Zwecken gewidmet. Die einzelnen Wohnräume sollen künftig für „Residencies", also temporäre künstlerische Arbeitsaufenthalte genutzt werden. Vorwiegend werden internationale Gäste eingeladen, die im Austausch mit der Münchner Szene Projekte realisieren oder Veranstaltungen kreieren. Nicht nur die Gäste und Münchner Künstlerinnen und Künstler erhalten neue Impulse aus der Zusammenarbeit. Auch das Publikum profitiert von der Vielfalt, die im Miteinander entsteht.
Für das „Ebenböckhaus" übernehmen das Kulturreferat und die Pasinger Fabrik die Auswahl und die Betreuung der Künstlerinnen und Künstler. Wichtig dabei ist eine Anbindung an Münchner Kulturinstitutionen und die freie Szene in München. So soll sicher gestellt werden, dass die eingeladenen Künstlerinnen und Künstler die Münchner Kulturlandschaft während ihres Aufenthalts kennenlernen und Netzwerke aufbauen können.
Geplant ist u.a. auch, die „Residencies" zeitweise im Rahmen des europäischen Projekts „SWAP – Arts. Residencies. Exchange." zu vergeben. Zwölf Städte aus elf Ländern wollen sich – eine Förderung durch die EU

vorausgesetzt – in diesem Projekt zusammenschließen, um den Künstleraustausch zu fördern. Das Kulturreferat der Stadt München übernimmt die Koordinierung und steuert neben den Räumen im „Ebenböckhaus" auch Apartments in seinem internationalen Künstlerhaus Villa Waldberta in Feldafing bei. Arbeitsmöglichkeiten werden die Gastkünstlerinnen und -künstler in drei Gastateliers in der Platform 3 und in den Domagkateliers haben.
Bei einem Aufenthalt im „Ebenböckhaus" liegt die intensive Kooperation mit der Pasinger Fabrik nahe. Kunstprojekte könnten beispielsweise den Anlass „1.250 Jahre Pasing" in 2013 oder andere stadtteilbezogene und stadtweit relevante Themen aufgreifen. Oper, Theater, Ausstellungen und bürgerschaftliches Engagement bieten zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler verschiedener Sparten. Ob bildende oder darstellende Künste, Musik, Literatur, Film oder Video – in der Pasinger Fabrik wird es viele Möglichkeiten der Präsentation geben. Und der internationale Austausch wirkt damit nicht nur in die Stadt, sondern auch ganz konkret in den Stadtteil hinein.
Weitere Informationen bei der Pressestelle des Kulturreferats unter Telefon 2 33-2 60 05.

Matthias Politycki kuratiert beim Literaturfest München 2011
(9.12.2010) Der Schriftsteller Matthias Politycki wird Kurator des Programms forum:autoren im Rahmen des Literaturfests München 2011. Dies wurde heute im Münchner Stadtrat bekanntgegeben. Mit Autorinnen und Autoren aus Deutschland, Österreich und der Schweiz wird er eine Besichtigung, Erkundung und Diskussion der deutschsprachigen Literatur vornehmen. In den Blick kommen dabei literarische Auseinandersetzungen mit Alltags- und Innenwelten, die Verortung von Stoffen (und ihrer Autoren) in der Provinz beziehungsweise der Metropole, regionale Besonderheiten des Erzählens und nicht zuletzt die Öffnung der Gegenwartsliteratur für die kosmopolitische Gleichzeitigkeit an Themenvielfalt. Mit seinem Programm verknüpft Politycki die Hoffnung, die Debatte über Themen, Formen und Ästhetik der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur neu zu beleben.
„Mit Matthias Politycki haben wir einen versierten Kenner der Literaturszene und auch einen engagierten Verfechter seines Faches ausgewählt, der für die zweite Runde des Literaturfestes vielfältige Substanz, lebendigen Dialog und anregende Geselligkeit verspricht – also all das, was die Literaturstadt München ausmacht", so Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München.

Matthias Politycki zählt zu den profiliertesten Schriftstellern in Deutschland. Er veröffentlichte eine Reihe großer Romane wie „Weiberroman" oder „Herr der Hörner", zahlreiche Lyrikbände, Reiseerzählungen und Essays. Seit den 1990er Jahren tritt er als bekennender Vertreter der 78er-Generation und der „Neuen Deutschen Lesbarkeit" auf. Er entzündete Debatten über literaturästhetische Themen, die Rolle der Intellektuellen und zu Standortbestimmungen der deutschsprachigen Literatur in der heutigen Zeit. Politycki wurde mehrfach ausgezeichnet, zuletzt 2009 mit dem Münchner Ernst-Hoferichter-Preis, 2010 mit dem renommierten Preis der LiteraTour Nord. Er ist Mitglied des P.E.N.-Zentrums Deutschland und war 2009 Writer in Residence am Queen Mary College der Universität London. Wer Matthias Politycki und seine Bücher kennt („Literatur muss sein wie Rockmusik"), der weiß, dass das forum:autoren auch beim Literaturfest München 2011 lebendige Auseinandersetzungen verspricht.
Die Veranstalter des Literaturfests München wählen jeweils einen Autor oder eine Autorin, der oder die das Programm forum:autoren nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Beim ersten Literaturfest München in diesem Jahr war diese Aufgabe Ilija Trojanow übertragen.
Ergänzende Informationen unter Telefon 2 33-2 43 47. Weiteres zu Matthias Politycki unter *www.matthias-politycki.de* und zum Literaturfest München unter *www.literaturfest-muenchen.de*

Erstmals Phönix-Preis für Migrantenunternehmen verliehen
(9.12.2010) Gestern fand erstmals die Verleihung des Phönix-Preises statt. Oberbürgermeister Christian Ude überreichte im Rahmen einer Feierstunde im Saal des Alten Rathauses Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund den neuen Wirtschaftspreis der Landeshauptstadt. Die Gewinner erhielten eine Trophäe, die der Münchner Künstler Andreas Ohrenschall entworfen hat, sowie ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 3.000 Euro.
Der Phönix-Preis wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) gemeinsam mit dem Münchner Ausländerbeirat ausgeschrieben. Die Auszeichnung würdigt herausragende wirtschaftliche Leistungen sowie das gesellschaftliche und soziale Engagement von Migrantenunternehmen, und ist in dieser Form in Deutschland einzigartig.
„Dieser Preis schärft den Blick für die unternehmerischen Potenziale der Migranten", sagt der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter. „Diese Potenziale gilt es zu fördern, denn Migrantenbetriebe sind ein wichtiger Motor für die Münchner Wirtschaft." Reiter kündigte an, den Phönix-Preis künftig jährlich auszuschreiben: „Migrantenunternehmen müssen mehr Anerkennung finden. Sie spielen eine entscheidende Rolle im Rahmen des

interkulturellen Brückenbaus. Mit ihrem Engagement für Integration sind die von uns ausgezeichneten Unternehmen ein wichtiges Vorbild."
Die Resonanz auf den erstmals ausgeschriebenen Wirtschaftspreis war erfreulich hoch. Mehr als 50 Bewerberinnen und Bewerber aus 23 verschiedenen ethnischen Gruppen nahmen in diesem Jahr an der Wahl zum „Phönix-Preisträger 2010" teil.
„Die vielen hochwertigen Bewerbungen spiegeln die Aufbruchstimmung in der Migrantenökonomie wider", so Reiter. Die Jury stand vor der anspruchsvollen Aufgabe, daraus drei Unternehmen auszuwählen.
Die Unternehmen vertreten unterschiedliche Branchen: Die meisten Betriebe kommen aus dem Dienstleistungssektor, gefolgt von Gesundheitswesen, Gastronomie und Handwerk. Insgesamt beschäftigen die teilnehmenden Unternehmen 733 Mitarbeiter, davon sind 349 Frauen und 384 Männer.

Die Phönix-Preisträger 2010:

- Aktas Unternehmensberatung
  Die Unternehmensberatung Aktas wurde im Januar 2008 von den Geschwistern Tuna Aktas und Haydar Aktas gegründet. Beide Geschäftsführer sind in München geboren, stammen aus der Türkei und haben einen kurdischen Migrationshintergrund. Das Unternehmen beschäftigt vier Mitarbeiter und begleitet gründungswillige Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Selbständigkeit. Zu den Leistungen des Unternehmens für Existenzgründer gehört auch die Schaffung eines Netzwerkes. Hier sollen die Kunden miteinander kommunizieren und gegenseitig voneinander profitieren.
- Vispiron Group AG
  Der gebürtige Iraner Amir Roughani machte sich nach dem Studium selbstständig. Im Alter von 27 Jahren gründete er im Jahr 2002 das Unternehmen Vispiron, ein IT-Unternehmen, das Technologie- und Managementprojekte im Automobilbereich durchführt. Sechs Monate nach der Gründung stellte Roughani den ersten festen Mitarbeiter ein. Heute leitet er als Geschäftsführer die Vispiron Group AG mit 142 Beschäftigten.
- Hippokrat GmbH
  Das Unternehmen ambulanter Alten- und Krankenpflegedienst Hippokrat GmbH wurde 2003 von Leonid Levinson und Benjamin Sakisov gegründet. Beide Geschäftsführer haben einen russischen Migrationshintergrund. Gegenstand der interkulturellen Aktivitäten von Hippokrat ist die Pflege und Betreuung von Patienten und Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund in ihrer häuslichen Umgebung. Neben deren

Betreuung, Pflege und Versorgung werden auch Aktivitäten zur Verbesserung der Pflegequalität unternommen. Hippokrat beschäftigt 122 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Name Phönix

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wählte den Namen „Phönix" für den neuen Wirtschaftspreis, weil der gleichnamige mythische Vogel für Mut, Risikobereitschaft und den Willen steht, immer wieder etwas Neues zu wagen. An diese Eigenschaften knüpft der Preis für Migrantenunternehmen an.

Die Trophäe

Die Trophäe für den Phönix-Preis hat Andreas Ohrenschall entworfen. Der Münchner Künstler hat am Salzburger Mozarteum Bühnenbild und Malerei studiert. In seiner Phönixdeutung stellt Ohrenschall einen Zusammenhang zwischen der Bindungsenergie von Symbol und Bedeutung und den Bindungskräften von Mensch und Lebenswirklichkeit her: „Beide erzeugen eine Gewissheit aus innerer und äußerer Heimat. Jede Veränderung gleicht da bisweilen einem Verbrennen, bei dem eine Trennung von Objekt und Sinn vollzogen wird. Geist und Seele schaffen sich dann wie Phönix einen neuen Körper aus zerfallendem alten Bild und vitaler Offenheit, beschwingt durch die vielgestalteten Flügel der Mehrdeutigkeit", so der Künstler.

Verkaufsstart des Münchner Ferienpasses 2011

(9.12.2010) Am kommenden Montag, 13. Dezember, ist der Verkaufsstart für den Münchner Ferienpass 2011. Er bietet Kindern und Jugendlichen bis einschließlich 17 Jahren viele kostenlose Angebote wie zum Beispiel zwei Mal freien Eintritt in den Tierpark, Eislaufen im Olympiapark, SoccaFive, eine Fahrt auf den Olympiaturm, eine Führung im BMW-Werk oder eine Kanalbesichtigung. Außerdem gibt es viele ermäßigte Angebote, wie Lollihop, Tauchen, Tanzkurse, Kino, Bavaria Filmstadt, Eiszauber, Tennis, Stadtführung von Stattreisen, Stadtrundfahrt, Airport-Tour, Schreibworkshop, Theater für Jugendliche, Cheerleading-Schnupperkurs und vieles mehr. Neu im Angebot sind der Kurs „1x1 des guten Benehmens" für Jugendliche, der Workshop Selbst-Bild, Lesungen, die Führung durch ein großes Druckzentrum oder die Kreation einer eigenen Zeitschrift nach den Vorstellungen der Jugendlichen.

Der Ferienpass ist außerdem im Rahmen der Ferienangebote des Stadtjugendamtes die Voraussetzung für die Teilnahme an den eintägigen Erlebnisreisen und Workshops.

Für Kinder und Jugendliche bis einschließlich 14 Jahre kostet der Ferienpass 14 Euro, (inklusive MVV-Nutzung in den Sommerferien, 5-mal Hallen-

badeintritt, Freibad-Nutzung der M-Bäder in den Pfingst- und Sommer-ferien und Ferienprogramm), für Jugendliche ab 15 bis einschließlich 17 Jahre kostet der Ferienpass 10 Euro (inklusive 5-mal Hallenbadeintritt, Freibad-Nutzung der M-Bäder in den Pfingst- und Sommerferien und Ferienprogramm).
Der Verkaufspreis des Münchner Ferienpasses wird seit 2005 erstmals um einen Euro angehoben, weil das Angebot ausgeweitet wurde und viele Angebote des Ferienpasses teurer geworden sind. Der Münchner Ferienpass bleibt auch für Kinder und Jugendliche aus Familien mit wenig Geld eine tolle Möglichkeit, in den Ferien wunderbare Erlebnisse zu haben. 2010 haben knapp 13.000 sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche den Ferienpass kostenlos bekommen, dank Stiftungsmitteln aus dem Adventskalender für gute Werke der Süddeutschen Zeitung e.V und der Josef Schörghuber-Stiftung für Münchner Kinder.
Den Ferienpass gibt es in der Stadtinformation im Rathaus, in einigen Stadtbibliotheken, in fast allen Sozialbürgerhäusern, in vielen Jugendtreffs und im Jugendinformationszentrum. Alle Verkaufsstellen und weitere Informationen unter *www.muenchen.de/ferienpass*

Noch ein paar freie Plätze für die Weihnachtsferien

Für die Weihnachtsferien sind für Münchner Kinder im Alter von fünf bis 15 Jahren noch ein paar Plätze für begehrte Ferienprojekte des Stadtjugendamtes frei. Mädchen und Jungen im Alter von zwölf bis 15 Jahren können etwa vom 27. Dezember bis 31. Dezember eine erlebnisreiche Zeit bei den Acktiontagen in Berchtesgaden verbringen. Neben einer Schneeschuhwanderung in Kooperation mit dem Deutschen Alpenverein ist ein abwechslungsreiches Ausflugsprogramm geplant. Am 29. Dezember führt eine eintägige Erlebnisreise nach Lenggries. Dort steht der Besuch eines Marionettentheaters und eine lustige Schlittenfahrt auf dem Programm. Beim Workshop „Mach kein Theater – Mach Theater!“ für Acht- bis Elfjährige am 28. Dezember und 29. Dezember lernen die Kleinen spielerisch ein Improvisationstheater kennen und erleben zwei einmalige Ferientage. Genaue Informationen gibt es telefonisch unter 2 33-4 97 33. Das gesamte Weihnachts- und Faschingsferienprogramm 2010/2011 ist im Internet unter *www.muenchen.de/ferienangebote* einsehbar.

Neuer Internetspaziergang über Münchens Friedhöfe erschienen

(9.12.2010) Einblicke in den Alltag auf Münchner Friedhöfen gibt der neue virtuelle Spaziergang des Referats für Gesundheit und Umwelt, der jetzt auf der Internetseite *www.muenchen.de/friedhof* erschienen ist. Es sind persönliche Geschichten und neue Blickwinkel, die in fünf Kapiteln unter dem Titel „Münchner Friedhöfe – Begegnungen“ in Form von Texten, Bil-

dern und Videos beschrieben werden. Da ist zum Beispiel Josef Weiland. In den mehr als 30 Arbeitsjahren hat er auch vielen seiner Kollegen das Grab geschaufelt. „Ein ungutes Gefühl", sagt der Grabmacher. Bis zu acht Gräber hebt Weiland zu jeder Jahreszeit an einem Tag auf dem Westfriedhof aus – mit der Schaufel, mit dem Bagger und in besonders kalten Wintern auch mal mit Hilfe des Presslufthammers. Früher, als Kind, hatte Weiland Angst vor dem Grabmacher, wie er sagt. Jetzt ist er selbst einer und meist begegneten ihm Neugierde und Respekt, wenn er von seiner Arbeit erzählt. Monika Nerlich leitet Trauerfeiern und Urnenbeisetzungen im städtischen Krematorium. Als „eine Dienstleistung verbunden mit sehr viel Respekt" beschreibt sie ihren Beruf, der offenbar auch ihre Berufung ist. Aber auch so manches noch unbekannte Kleinod ist in dem neuen virtuellen Spaziergang zu finden, wie etwa die Grabanlagen in Untermenzing – zwei beschauliche Friedhöfe an der Würm, die über eine Brücke miteinander verbunden sind. In Form einer Blume hat Landschaftsarchitektin Gunhild Brandhoff - inspiriert von der amerikanischen Künstlerin Georgia o'Keefe – die Urnenanlage am Friedhof Obermenzing gestaltet. Ein Blick von oben zeigt ihre Blüte, die in der Lichtung aufgeht. „Muss ein Friedhof immer ein trauriger Ort sein?" fragt sie. Beantwortet wird diese Frage, wenn man die Mädchen und Buben betrachtet, die mit ihren Laternen über den Alten Südfriedhof ziehen. Und auch viele andere Besucherinnen und Besucher zeichnen ein wenig betrübtes Bild – da werden Gießkannen befüllt oder Gespräche über die Pflege der Pflanzen geführt. „Münchner Friedhöfe – Begegnungen" ist nach „Münchner Friedhöfe – ein Spaziergang", der sich insbesondere mit der Architektur der außergewöhnlichen Anlagen beschäftigt, der zweite virtuelle Friedhofsführer, der von der Städtischen Friedhofsverwaltung konzipiert wurde und der zeigt, dass Friedhöfe nicht ausschließlich Orte der Trauer, sondern auch Orte des Lebens sind.

Münchner Lyrikerinnen lesen und diskutieren

(9.12.2010) Am Sonntag, 12. Dezember, 19 Uhr, widmet sich die Reihe „Schamrock – Salon der Dichterinnen" mit „Lebt und arbeitet in München..." auf der Kleinen Bühne der Pasinger Fabrik der vielseitigen Münchner Lyrikerinnen-Szene: Birgit Müller-Wieland, Barbara Seeberg, Sarah Ines und Tamara Ralis lesen und diskutieren über ihr Leben und Schreiben als Dichterinnen in München. Als Autorinnen, Verlegerin, bildende Künstlerin, Librettistin und Werbetexterin haben sie die Landeshauptstadt zu ihrem Lebens- und Arbeitsschwerpunkt gewählt. Sie präsentieren in ihren neuen Texten ein schillerndes Bild des lockeren, aber doch immer wichtiger werdenden Münchner Lyrikerinnen-Netzwerks.

„Mit einem Blick aus weiter Ferne“ hat Barbara Seeberg, die 16 Jahre in Japan lebte, auf München geschaut und ihre Lyrik aus diesem Blick heraus entstehen lassen. Birgit Müller-Wieland kam von Salzburg nach München und wurde vielfach ausgezeichnet für ihre Opernlibretti und ihre durchlässigen Gedichte, die immer aus gelebten Erfahrungen sprechen. Sarah Ines ist Münchner Autorin, Verlegerin und Werbetexterin. Die Tochter der Schriftstellerin Karin Struck hat sich mit ihrer geistreichen und selbstbewussten erotischen Lyrik über die gängige Lyrikdebatte gestellt. Tamara Ralis bereichert die Münchner Kunstszene als bildende Künstlerin, Schauspielerin und Hörspielautorin. Die poetischen Texte und Fragmente der Schwabingerin sind architektonische Wortgebilde, die sich im Hören und Lesen räumlich erfahrbar machen.
In der von Augusta Laar und Gabriele Trinckler veranstalteten Reihe „Schamrock – Salon der Dichterinnen“, werden Dichterinnen unterschiedlicher Jahrgänge und ihre Werke und Projekte vorgestellt. Im anschließenden Künstlerinnengespräch erhalten die Zuschauerinnen und Zuschauer Einblicke in die Arbeits- und Lebenssituation und das gesellschaftspolitische Engagement der Schriftstellerinnen.
Karten für 8 Euro, ermäßigt 6 Euro, sind an der Abendkasse der Pasinger Fabrik, August-Exter-Straße 1, erhältlich; telefonische Kartenvorbestellung ist unter der Rufnummer 82 92 90-79 möglich. „Schamrock – Salon der Dichterinnen“ wird vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München unterstützt. Nähere Informationen unter *www.schamrock.org.*

Bauzentrum: Vortrag „Heizöltanks richtig sanieren“
(9.12.2010) Über die Anforderungen von Heizöllager-Anlagen sowie Möglichkeiten der Sanierung spricht Energieberater Carsten Lorf vom Institut für wirtschaftliche Ölheizung e.V. (IWO) am Dienstag, 14. Dezember, im Bauzentrum München. Lorf wird insbesondere auch Tipps geben, auf was Bürgerinnen und Bürger, die in hochwassergefährdeten Gebieten wohnen, speziell achten müssen. Beginn: 18 Uhr.
Um die vielfältigen Chancen des Energiespeichers Heizöltank nutzen zu können, muss dieser in Ordnung sein. Lorf wird deshalb die effektivsten Maßnahmen der Sanierung, mit denen auch dem Gewässerschutz entsprochen wird, erklären und auf die besonderen Anforderungen für Tankanlagen in Überschwemmungsgebieten eingehen. Die Fragen, wer berechtigt ist, Arbeiten an der Tankanlage auszuführen, und worauf es bei der Wahl des Fachbetriebes ankommt, werden ebenfalls Themen im Bauzentrum München sein.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf

Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto Über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon: 54 63 66 0.

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(9.12.2010) Im Turmstüberl des Valentin-Karlstadt-Musäums, Tal 50, findet am Montag, 13. Dezember, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr ein monatliches offenes Singen im so genannten Volkssänger-Stüberl des Musäums statt. Unter der Leitung von Eva Becher werden Adventslieder aus München und Altbaiern gesungen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro. Das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen. Im Turmstüberl gibt es Bewirtung durch Petra Perle.
Nähere Informationen sind auch unter *www.muenchen.de/volkskultur* oder unter *www.valentin-musaeum.de* ersichtlich. Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 8. Dezember

(9.12.2010)) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Mittwoch, 8. Dezember:
Einsatzzahlen:
Personal: 102 Fahrzeuge: 70
Streuguteinsatz:
Salz: 4,82 t Splitt: 0,55 t
Kosten des Einsatztages: 75.295,10 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 11
Bisherige Einsatztage: 27
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 4.831.569,81 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 9. Dezember 2010

Wo ist der historische Gedenkstein vom Waldfriedhof, der an die Opfer des Flugzeugabsturzes an der St.-Paul-Kirche vom 17.12.1960 erinnert?
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 15.11.2010

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Am 17.12.2010 jährt sich der tragische Flugzeugabsturz an der St.-Pauls-Kirche zum 50. Mal. Auf dem Grab eines der Opfer von damals, des amerikanischen Studenten Alexander Schneider, im Alten Teil des Waldfriedhofs stand eine große Grabstele. Laut einem Bericht im Wochenblatt „HALLO München“ vom 22.September 2010 stand diese noch bis ca. Ende August, Mitte September war diese verschwunden.“

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Städtischen Friedhofsverwaltung wie folgt:

Frage 1:
Was kann die städtische Friedhofsverwaltung zum Verschwinden dieser Stele sagen?
a) Welche Maßnahmen wurden bisher zum „Wiederauffinden“ ergriffen?
b) Wurde Anzeige wegen Grabschändung und Schweren Diebstahls erstattet?

Antwort:
zu a): Aufgrund der Größe und des Gewichtes der Grabstele muss davon ausgegangen werden, dass die Grabstele von einem Fachbetrieb mit einem Kran abgebaut wurde. Die Mitarbeiter der Städt. Friedhofsverwaltung – Grabmalbüro, die in regelmäßigem Kontakt zu den Münchner Steinmetzbetrieben stehen, haben diese befragt und die Steinlager begangen. Leider bisher ohne Erfolg. Möglicherweise haben auch Verwandte eines der Opfer eine Restaurierung des Denkmals in Auftrag gegeben. Mit Sicherheit

kann nur festgestellt werden, dass die Friedhofsverwaltung selbst keinen Auftrag zum Abbau der Stele erteilt hat.

Zu b): Kann trotz der intensiven Nachforschungen der Verbleib der Grabstele nicht geklärt werden, wird die Städtische Friedhofsverwaltung, die nach Ablauf des Grabnutzungsrechts im Jahre 1985 Eigentümerin der Grabstätte und des Denkmals geworden ist, Anzeige gegen Unbekannt erstatten.

Frage 2:
Wieso wurde das Verschwinden eines historischen Denkmals nicht sofort bemerkt?

Antwort:
Der Waldfriedhof Alter Teil verfügt über ca. 36.000 Grabstätten, von denen eine nicht geringe Anzahl mit bis zu 100 Jahren alten großen und kunsthistorisch wertvollen Grabdenkmälern ausgestattet sind. Aufgrund seiner besonderen Charakteristik als Waldfriedhof und den durch Grabaufgaben und Neubelegungen bedingten ständigen Veränderungen des Erscheinungsbildes, sowie dem damit verbundenen regen gewerblichen Fahrverkehr von Gärtnern und Steinmetzen, kann das Verschwinden eines einzelnen, 1961 errichteten Grabsteines, auch über einen längeren Zeitraum hinweg unentdeckt bleiben.

Frage 3:
Welche Maßnahmen unternimmt die Landeshauptstadt München, sollte die Stele nicht wieder beschafft werden, um den Toten auf dem Waldfriedhof wieder ein würdiges Gedenken zu geben?

Antwort:
Bei der Grabstätte 189-W-8 handelt es sich um das Grab eines der 52 Opfer des Flugzeugabsturzes. Als offizielle Gedenkstätte kann die Gedenkplatte angesehen werden, die in der Nähe der Paulskirche, an der Kreuzung Bayerstraße/Martin-Greif-Straße angebracht ist.
Eine Entscheidung, ob bei einem endgültigen Verlust der Grabstele eine weitere Gedenkstätte eingerichtet wird kann sicherlich erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden. Von der Städtischen Friedhofsverwaltung kann diese Leistung auf Grund des Kommunalen Abgabengesetzes nicht erbracht werden.

Kameraüberwachung am Sendlinger Tor – Mehr Schaden als Nutzen
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 26.8.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume Beyerle:

Ihre Anfrage vom 26.08.2010 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Mit Ihrer Anfrage problematisieren Sie den Sinn und die möglichen Folgen der neu installierten Videoüberwachung am Sendlinger Tor. Sie möchten wissen, ob bereits eine Veränderung der Situation feststellbar ist, welche Auswirkungen die mögliche Verdrängung von Szeneangehörigen auf die Arbeit der Sozialarbeiter hat, inwieweit die Polizei die Daten nutzt und ob es Alternativen zur derzeitigen Maßnahme gibt.

Zunächst möchten wir uns für die gewährte Fristverlängerung herzlich bedanken.

Der Stadtrat hat sich erst kürzlich in der Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses vom 27.04.2010 bzgl. der Anträge Nr. 08-14 / A 01447 und Nr. 08-14 / A01436 mit der Verlegung der Videoüberwachung vom Orleansplatz zum Sendlinger-Tor-Platz befasst. Aus diesem Beschluss wird in den folgenden Antworten des Kreisverwaltungsreferats vermehrt zitiert.

Frage 1:
Gibt es statistisch signifikante Belege und Zahlen dafür, dass die Kriminalität am Sendlinger Tor seit der Kameraüberwachung gesunken ist?

Frage 2:
Wie schätzt die Stadt die Situation am Sendlinger Tor ein, hält sie eine Kameraüberwachung weiterhin für nötig?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Im o.a. Beschluss wird ausführlich dargelegt, aus welchen Gründen sich die Landeshauptstadt München und das Kreisverwaltungsreferat für die Verlegung der Videoüberwachung vom Orleansplatz an den Sendlinger-Tor-Platz entschieden haben. Angeführt wird v.a. die Sicherheitslage am Sendlinger-Tor-Platz:

„Allerdings hat sich die Situation um den Sendlinger-Tor-Platz (mit Nußbaumpark, Herzog-Wilhelm-Straße) nachhaltig verschärft. Dieser Bereich ist seit längerem Treffpunkt von alkohol- und drogenabhängigen Personen . Im Jahr 2009 waren 464 Straftaten (Zunahme von 43,7% in den letzten fünf Jahren), 32 Gewaltdelikte (Zunahme von 28% in den letzten fünf Jahren), 78 Rauschgiftverstöße (Zunahme von 41,8% in den letzten fünf Jahren) und 68 Körperverletzungsdelikte (Zunahme von 109,1% in den letzten fünf Jahren) zu verzeichnen."

„In den regelmäßig alle drei Monate stattfindenden S.A.M.I.-Sitzungen wird die weitere Entwicklung der Situation am Sendlinger-Tor-Platz weiterhin genau beobachtet und analysiert werden. Dementsprechend wird auch die Frage der weiteren Notwendigkeit einer Videoüberwachung immer als Thema zu behandeln sein. Die Frage des Rückbaues der Kameras werden sich die Sicherheitsbehörden deshalb auch am Sendlinger-Tor-Platz immer wieder neu stellen. Wenn sich die Sicherheitslage nachhaltig verbessert hat und ein „Rückfall" nicht mehr zu befürchten ist, müssen die Kameras wieder abgebaut werden."

Antwort des Polizeipräsidiums München:
Die seit der Verlagerung registrierte Kriminalitätsentwicklung am Sendlinger-Tor-Platz ist aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht aussagekräftig. Die Reaktionen der Anlieger auf die Videoüberwachung und die flankierenden polizeilichen Maßnahmen sind positiv. Eine signifikante Änderung der Gesamtsituation oder der Verhaltensweisen der relevanten Klientel konnte durch die eingesetzten Kräfte bislang noch nicht festgestellt werden. Insofern ist eine Fortführung der Videoüberwachung unumgänglich.

Antwort des Sozialreferates:
Bereits bei der Ergebnisverwertung der Videoüberwachung am Orleansplatz vertrat das Sozialreferat die Position, dass versucht werden muss, neue Wege zur Sicherstellung einer Nutzungsvielfalt von öffentlichen Plätzen und Grünanlagen zu gehen. Das Ziel muss hierbei sein, eine friedliche Koexistenz verschiedener Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Raum zu erreichen. Dazu gehören Handlungskonzepte zur Quartiersbetreuung, die sämtliche Aktivitäten bündeln und die lokalen Akteurinnen bzw. Akteure sowie die Bevölkerung einbeziehen.

Durch die Videoüberwachung besteht die Gefahr, dass die Ausgrenzung bestimmter Personengruppen verstärkt wird. Die dauerhafte Beobachtung von Wohnungsflüchtern und drogenabhängigen Menschen erweckt für

Außenstehende den Eindruck, bei den Betroffenen handle es sich grundsätzlich um potentiell gefährliche Personen. Hierdurch werden Reintegrationsbemühungen erschwert und die Stigmatisierung der betroffenen Personengruppen verschärft.

Videoüberwachung wird daher aus der Sicht des Sozialreferates problematisch gesehen. Sie ist nach Auffassung des Sozialreferates nicht geeignet, die durch den Aufenthalt von Wohnungslosen und Wohnungsflüchtern verursachten Probleme im Sinne aller Beteiligten zu mindern. Die Einrichtung von runden Tischen zur Abstimmung gezielter sozialarbeiterischer und ordnungspolitischer Maßnahmen ist zielführender. Eine weiterhin stattfindende Abstimmung der unterschiedlichen Maßnahmen mit Kooperation aller beteiligten Fachdienststellen stellt sicher, dass bedarfsgerechte Betreuung und Behandlung von Wohnungslosen, Wohnungsflüchtern und Suchtkranken ermöglicht und Störungen im öffentlichen Raum gering gehalten werden.

Frage 3:
Wie schätzt die Stadt den Sinn von Kameraüberwachungen im Allgemeinen ein, machen sie Orte tatsächlich sicherer oder erzeugen sie nur das Gefühl von Sicherheit?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Bereits im Stadtratsbeschluss vom 11.12.2001 wurden die engen Voraussetzungen festgelegt, unter denen eine Videoüberwachung im Einzelfall für sinnvoll erachtet werden kann:

„Hiernach muss jeder Einrichtung einer Videoüberwachung und Videoaufzeichnung – die sich ausschließlich auf einzelne kriminalitätsbelastete öffentliche Bereiche beschränkt – eine sehr sorgfältige Abwägung vorausgehen, in der die Risiken und Beeinträchtigungen der individuellen Freiheitsrechte mit den Vorteilen für die Sicherheit abzuwägen sind.
Darüber hinaus soll die Entscheidung mit dem Datenschutzbeauftragten der Landeshauptstadt München abgestimmt werden.

Durch die Abwägung der Sicherheitsinteressen mit den individuellen Freiheitsrechten wird eine sachgerechte Balance erreicht:

Zum Einen wird nicht verkannt, dass eine offene, für jeden erkennbare Videoüberwachung von bestimmten öffentlichen Plätzen mit Kriminalitätsbelastung zu einer Reduzierung von Kriminalität beitragen kann. Außerdem

können so Gefahren wirksam abgewehrt, potentielle Straftäter abgeschreckt, ein umfassendes und schnelles Eingreifen der Polizei sichergestellt und damit eine Gefährdung von Personen- und Sachwerten verringert und sogar verhindert werden. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung kann erhöht werden. Zudem können Tatverdächtige sofort identifiziert und neue Fahndungsansätze ermöglicht werden.
Aus diesen Gründen hat der Gesetzgeber in Art. 32 Polizeiaufgabengesetz (PAG) ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, öffentliche Plätze mit Kameras zu überwachen.

Eine Großstadt wie die Landeshauptstadt München darf vor derartigen Sicherheitsinteressen nicht die Augen verschließen und sollte die sich hieraus ergebenden Vorteile bei der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätsprävention mit Augenmaß unterstützen.

Auf der anderen Seite werden die Risiken gesehen, die sich insbesondere für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ergeben.

Aus diesem Grund hat der Einrichtung einer Videoüberwachung eine sehr sorgfältige Abwägung vorauszugehen, in der die dargestellten Risiken und Beeinträchtigungen der individuellen Freiheitsrechte den Vorteilen für die Sicherheit gegenüber zu stellen sind.

Nur wenn im konkreten Einzelfall im Rahmen dieser Abwägung das Sicherheitsinteresse tatsächlich überwiegt und die Entscheidung mit dem Datenschutzbeauftragten der Landeshauptstadt München abgestimmt ist, kann seitens der LHM eine Zustimmung zur Videoüberwachung erfolgen. Bei Anfragen des Polizeipräsidiums München zur Installation von Videoüberwachungskameras der Polizei wird entsprechend verfahren."

Antwort des Polizeipräsidiums München:
Das PP München hat mit dem Einsatz von Videokameras insbesondere hinsichtlich einer Verbesserung der Sicherheit beste Erfahrungen gemacht. So steht beispielsweise der Negativentwicklung am Sendlinger-Tor-Platz eine deutliche Stabilisierung der Situation am Orleansplatz gegenüber. Im Zusammenhang mit der Errichtung der polizeilichen Videoüberwachung in 2007 und im Vergleich zum Jahr 2005 verzeichneten wir dort einen Deliktsrückgang von 40,5% oder 378 auf 225 Delikte insgesamt.

Antwort des Referates für Gesundheit und Umwelt:
In den vergangenen Jahren ist der Sendlinger-Tor-Platz zu einem wesentlichen Treffpunkt von suchtkranken Menschen in München geworden. Mit der Auflösung des Treffpunkts am Orleansplatz im Frühjahr 2007 durch die Einrichtung einer Videoüberwachung und verstärkte Polizeieinsätze wichen Suchtkranke, die sich bisher am Orleansplatz aufgehalten hatten, auf andere Plätze aus, auch auf den Sendlinger-Tor-Platz. Für viele von ihnen stellt der öffentliche Raum den zentralen Bezugspunkt in ihrem Leben dar, da ihnen verlässliche soziale Beziehungen fehlen und ihre finanziellen Mittel für eine aktive Freizeitgestaltung nicht ausreichen.

Grundlage für wirksame aufsuchende Sozialarbeit ist der Aufbau stabiler Vertrauensbeziehungen zur Zielgruppe. Der Kontakt- und Vertrauensaufbaus ist langwierig und kann nur durch Präsenz, Kontinuität und beständiges Anbieten von Hilfe gelingen. Streetwork benötigt für ein erfolgreiches Arbeiten daher Bedingungen, die es den Mitarbeiter/-innen ermöglichen, mit ihrer Zielgruppe regelmäßig und dauerhaft im öffentlichen Raum in Kontakt zu treten.

Maßnahmen, die zu einer Auflösung der Treffpunkte führen, mindern die Effizienz aufsuchender Sozialarbeit erheblich. Zwar bilden sich nach einiger Zeit neue Treffpunkte, jedoch zieht sich in diesem Zeitraum ein Teil der Klientel in den Privatbereich zurück und ist damit für Streetwork nicht mehr erreichbar.
Ein weiterer Teil trifft sich in sehr kleinen Gruppen an wechselnden Orten. Die Aufrechterhaltung von Kontakten zur Zielgruppe ist unter diesen Bedingungen, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt und unter hohem Zeitaufwand möglich. Neukontakte kommen kaum zustande. Darüber hinaus tragen die Erfahrungen, die die Klient/-innen während der verstärkten Polizeieinsätze und der Auflösung der Treffpunkte machen, zu einem verstärkten Misstrauen gegenüber öffentlichen Hilfsangeboten und zum Gefühl des Ausgestoßenseins bei und erschweren so den Kontakt zwischen Streetworker/-innen und den suchtkranken Menschen.

Grundsätzlich haben alle Münchner Bürgerinnen und Bürger das Recht, sich auf öffentlichen Plätzen aufzuhalten. Sie haben auch Anspruch auf Schutz vor Straftaten und Störungen der öffentlichen Sicherheit. Zugleich müssen hilfebedürftigen Menschen adäquate Hilfen zuteil werden. Es bedarf daher einem Vorgehen, das die Verhinderung von Straftaten und Sicherheitsstörungen gewährleistet und zugleich die Rechte suchtkranker Menschen wahrt und ihnen den Zugang zu Hilfsangeboten ermöglicht.

Maßnahmen, die eine Verdrängung suchtkranker Menschen aus dem öffentlichen Raum zur Folge haben sind nicht zielführend. Vielmehr müssen Konzepte entwickelt werden, die ein möglichst störungsfreies Nebeneinander zwischen der Allgemeinbevölkerung und suchtkranken Menschen sowie wirkungsvolle Sozialarbeit im öffentlichen Raum möglich machen.

Antwort des Sozialreferates:
Für erfolgreiches Arbeiten benötigt Streetwork Bedingungen, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, mit ihrer Zielgruppe regelmäßig und dauerhaft in Kontakt zu treten. Wirksame Streetwork beruht darauf, dass ihre Klientel auf öffentlichen Straßen und Plätzen angetroffen werden kann.

Die Erfahrungen mit der Kameraüberwachung am Orleansplatz zeigen, dass zeitnah nach Installierung der Kamera Anfang April 2007 eine Abwanderung von Wohnungsflüchtern aus dem Bereich Orleansplatz erfolgt ist. Für die Streetworker bedeutet dies, dass ihre Arbeit dadurch erschwert und weniger erfolgreich ist.

Im Übrigen dürfen wir auf die Antwort zu Frage 2 verweisen.

Frage 4:
Wieso lässt die Stadt es zu, dass die Streetworker in ihrer Arbeit behindert werden?

Frage 5:
Wäre eine effiziente soziale Betreuung der Münchner „Drogenszene“ langfristig nicht das geeignetere Mittel zur Prävention?

Frage 6:
Wie kann den Streetworkern ihre Arbeit in Zukunft wieder erleichtert bzw. überhaupt wieder ermöglicht werden?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Aus den Ausführungen zu Frage 3 wird deutlich, dass der Entscheidung zu Einführung einer Videoüberwachung nicht nur eine genaue Güterabwägung vorausgeht, sondern dass sie auf absolute Ausnahmefälle beschränkt ist. Der Abbau der Videoüberwachung am Orleansplatz macht darüber hinaus deutlich, dass diese Maßnahme dann beendet wird, wenn sich die Situation nachhaltig verbessert und stabilisiert hat.

Hinzu kommt Folgendes: Es ist nicht Ziel einer Videoüberwachung, Treffpunkte von Szeneangehörigen aufzulösen und diese aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Vielmehr werden dadurch ganz konkrete Störungen und Straftaten verhindert.

Die von den mit Streetwork betrauten Referaten angesprochene Verdrängung der Szeneangehörigen und damit Behinderung bzw. Erschwerung dieser Arbeit ist folglich nicht beabsichtigt. Gegen friedliche Szeneangehörige werden keine Maßnahmen ergriffen. Weiterhin bleibt auch zu verdeutlichen, dass alle bisherigen Maßnahmen des Streetwork alleine nicht zu einer Entspannung der Situation geführt haben. Ähnlich wie am Orleansplatz geschehen setzt das Kreisverwaltungsreferat daher auch hier darauf, dass durch das Zusammenspiel aller denkbaren Maßnahmen und die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten ein für alle Beteiligten tragfähiger Zustand erreicht wird, repressiv wie präventiv.

Dass sich die Kontaktaufnahme zu den Szeneangehörigen durch die Kameraüberwachung aufwändiger gestaltet, ist nachvollziehbar. Unmöglich gemacht wird sie aus Sicht des Referates für Gesundheit und Umwelt in einer Stellungnahme zum Stadtratsantrag „Videoüberwachung am Orleansplatz (Antrag Nr. 08-14 / A00384 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/ RL vom 12.11.2009) jedoch nicht.
Trotz Videoüberwachung hielten sich auf dem Orleansplatz weiterhin Drogenabhängige und Wohnungsflüchter auf, die Beobachtung durch Kameras wurde von ihnen hingenommen. Der Platz war für sie ein wichtiger sozialer Bezugspunkt, den sie trotz der Videoüberwachung nicht aufgeben wollten.

Letztlich wurde hier eine Abwägung getroffen und dem Schutzbedürfnis der Münchner Bevölkerung vor Straftaten und Ordnungswidrigkeiten Vorrang vor der Erreichbarkeit des Klientels durch Angehörige des Streetwork gegeben.

Antwort des Polizeipräsidiums München:
Aufgabe der Polizei ist es, Sicherheits- und Ordnungsstörungen nach Möglichkeit zu verhindern und der Brennpunktbildung zu begegnen. Diese Strategie hat in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, dass die Bildung offener Szenen verhindert wurde. Parallele bzw. zeitlich versetzte polizeiliche Maßnahmen und Streetwork sind dann möglich, wenn Sicherheits-/Ordnungsstörungen in einem vertretbaren bzw. für einen Ballungsraum üblichen Rahmen bleiben. Schwerpunktmaßnahmen sind aber dann

notwendig, wenn dies, wie aktuell am Beispiel Sendlinger-Tor-Platz und Einzugsbereich, nicht mehr gewährleistet ist.

Bezugnehmend auf unsere dortigen Einsatzmaßnahmen verkennen wir nicht, dass sie sich unmittelbar auf die Aufgabenwahrnehmung der Drogen-/Suchthilfe auswirken können. Zweifellos wird dadurch der Zugang zu Szeneangehörigen bzw. die Aufrechterhaltung bestehender Kontakte vorübergehend erschwert.
Diese bei polizeilichen Schwerpunktmaßnahmen und Bemühungen von Streetwork zwangsläufig auftretende Problematik ist allerdings nicht neu. Damit waren Polizei und Drogenhilfe bereits bei der Auflösung von anderen Brennpunkten der Rauschgiftkriminalität (z. B. Orleansplatz) konfrontiert.

Der Ansatz Betäubungsmittelabhängige wieder in die Gesellschaft zu integrieren scheint am Sendlinger-Tor- Platz jedoch bereits vor der Videoüberwachung an seine Grenzen gestoßen zu sein. In einer behördenübergreifenden Besprechung „Sicherheitsstörungen durch Drogen-/Alkoholkonsumenten im öffentlichen Raum“ am 22.09.2009 mit Teilnehmern des KVR, RGU und Polizei wurde thematisiert, dass Szeneangehörige am Sendlinger-Tor-Platz für Streetwork sehr schlecht erreichbar, für Hilfeangebote kaum mehr zugänglich und aus bestehenden bzw. laufenden Angeboten ausgeschieden sind.

Fraglich ist zudem, ob die Aufrechterhaltung bestehender Kontakte zwangsläufig an eine bestimmte Örtlichkeit gebunden sein muss. Bereits mit Schreiben vom 19.06.2007 an das Kreisverwaltungsreferat wurde von Seiten der Polizei angeboten, Streetwork über das KVR die entsprechenden Aufenthaltsörtlichkeiten mitzuteilen.

Antwort des Sozialreferates:
S. Antwort zu Frage 2 und 3.

Antwort des Referates für Gesundheit und Umwelt:
S. Antwort zu Frage 3.

Frage 7:
Nutzt die Polizei die Videoaufzeichnungen, auf denen die Streetworker ihrer Tätigkeit nachgehen, als Informationsquelle über die Drogenszene?

Frage 7a:
Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?

Antwort des Polizeipräsidiums München:
Nein.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 9. Dezember 2010

Die Münchner Förderformel: angewandte Bildungsgerechtigkeit!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Christian Müller, Beatrix Zurek (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Jutta Koller, Sabine Krieger, Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

München (noch) touristenfreundlicher machen – ein zeitgemäßes münchnerisches Leitkonzept entwickeln und umsetzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Ursula Sabathil (CSU)

Zukunftschancen für den ÖPNV München XXL verbreitern – nicht verbauen: die INZELL-Initiative untersucht das Potenzial von Zweisystem U-S-Bahnfahrzeugen für die Region München
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Erhöhung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von MBQ - Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm -
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Kindertagesbetreuung in öffentlich-privater Kooperation (ÖPP) – ein Erfolgsmodell?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD-Stadtratsfraktion
Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

09.12.2010

Die Münchner Förderformel: angewandte Bildungsgerechtigkeit!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, bei der anstehenden Entscheidung über die Münchner Förderformel insbesondere folgende Gesichtspunkte umzusetzen:

a) Eine an der städtischen Gebührensystematik orientierten Gebührenstaffelung im Bereich der Unter-drei-Jährigen wird als zwingende Fördervoraussetzung übernommen.

b) Die städtische Gebührensystematik wird generell überprüft. Als erste Schritte werden schnellstmöglichst eingeleitet:

- Für die endgültige Festsetzung der zu zahlenden Gebührenhöhe wird der Steuerbescheid für das Jahr herangezogen, für das die Gebühr festgesetzt wird.

- Die gerechtere Gestaltung durch die Differenzierung zwischen Alleinerziehenden und unverheirateten Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht wird sichergestellt. Dabei werden bei unverheirateten Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht die Steuerbescheide beider Eltern für die Festsetzung der Gebührenhöhe herangezogen.

c) Ein eventueller Handlungsbedarf im Bereich der Eltern-Kind-Initiativen, z.B. bei Neugründungen außerhalb des BayKiBiG, wird überprüft. Spätestens ein Jahr nach Einführung der Münchner Förderformel wird dem Stadtrat dazu Bericht erstattet.

d) Für die Umsetzung der Münchner Förderformel wird für alle Einrichtungen und Träger ein Zeitrahmen von 5 Jahren angestrebt. Ziel ist die Einführung spätestens bis zum Tageseinrichtungsjahr 2015/2016.

e) Im Hinblick auf die eventuell gebotene Fortentwicklung des Standortfaktors wird eine Überprüfungsklausel eingeführt.

Begründung

Die Landeshauptstadt München räumt als soziale Großstadt und dynamischer Wirtschaftsstandort der Bildungsgerechtigkeit traditionell einen hohen Stellenwert ein. Bei Bildung als lebenslangem Prozess ist der Anfang entscheidend. Deshalb ist es notwendig, für den Bereich der unter-drei-Jährigen die Förderung aus städtischen Mitteln an die Übernahme einer Gebührenstaffelung zu koppeln, die sich an der städtischen Gebührensystematik orientiert. Ergänzend dazu ist die städtische Gebührensystematik generell zu überprüfen.

Bis zu einer gewissen sozialpolitisch vertretbaren Grenze leistet die Landeshauptstadt München den Trägern einen Kostenausgleich. Damit ist zugleich eine erhebliche finanzielle Familienentlastung verbunden. Damit sollen weite Bevölkerungsgruppen einen Anreiz zur frühzeitigen Kinderbetreuung erhalten. Die Förderung hochpreisiger Kindertagesbetreuung muss nicht zwingend aus städtischen Mitteln erfolgen. Deshalb ist eine Gebührendeckelung sinnvoll.

Für die Gebührenermäßigung sind bisher die Einkünfte des vorletzten Kalenderjahres vor dem Beginn des jeweiligen Tageseinrichtungsjahres maßgeblich. Dies soll geändert werden, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die dadurch entstehen können, dass z.B. der Steuerbescheid des Vorvorjahres nicht die tatsächlich aktuelle Einkommenssituation abbildet.

Die Beobachtung eines eventuellen Handlungsbedarfs im Bereich der Eltern-Kind-Initiativen dient dazu, dass dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend weitere Betreuungsplätze geschaffen und bestehende Betreuungsplätze erhalten bleiben. Die Neugründung von Eltern-Kind-Initiativen soll weiterhin problemlos möglich sein.

Deshalb sind die bisherigen städtischen Förderregularien dementsprechend innovativ und im Sinne einer kommunalen Angebotssteuerung weiterzuentwickeln.

Für die SPD-Stadtratsfraktion	Für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste
Hans Dieter Kaplan Christian Müller Beatrix Zurek	Jutta Koller Sabine Krieger Dr. Florian Roth

Stadtratsmitglieder

Dr. Georg Kronawitter Richard Quaas Ursula Sabathil

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
09.12.10

München (noch) touristenfreundlicher machen –
ein zeitgemäßes münchnerisches Leitkonzept entwickeln und umsetzen

Der Stadtrat möge beschließen:
Für die Münchner Innenstadt (Altstadt RING XXL) wird ein münchnerisches Fußgänger- und Touristenleitsystem umgesetzt, das u.a. folgenden Ansprüchen genügen soll:
- stadtbildverträgliches *Design*
- nutzerorientiert (d.h. es erfüllt die lokalen Informationsbedürfnisse)
- robuste und nachhaltige Ausführung
- dezente Hinweise auf weiterführende Infos auf www.muenchen.de

Die Erfahrungen anderer Metropolen (u.a. Hamburg, Barcelona s.u.) werden berücksichtigt und dem Stadtrat vorgestellt. Dem Stadtrat wird ein Vorschlag gemacht, ob eine Ausschreibung sinnvoll ist.

Begründung:
Immer noch werden in Münchens Innenstadt Touristen gesehen, die nicht gebannt in ihr *smart phone* schauen, um sich lokale Infos zu besorgen, sondern die die analoge Stadt mit ihren Sinnen wahrnehmen. Auch analoge Reiseführer und Faltblätter sind nach wie vor ein Renner. Allerdings ist unübersehbar, dass sich München im öffentlichen Raum den Informationsbedürfnissen der Besucher gegenüber sehr spröde zeigt.

Während andere Städte schon seit Jahren entdeckt haben, dass es sehr wohl möglich ist, mit einem dezenten Leitsystem Touristen und Fußgänger passend zu informieren und trotzdem den empfindlichen Öffentlichen Raum nicht überzumöblieren, zeigt das offizielle München seinen Besuchern hier die kalte Schulter, obwohl es immer wieder einschlägige Initiativen aus den Kreisen des Stadtrates gab.

Dabei zeigt ein Besuch in einer München durchaus vergleichbaren Metropole wie Barcelona, wie hilfreich und von den Touristen gut angenommen ein derartiges Leitsystem sein kann und dass man das Rad in München – eigentlich – nicht wieder einmal neu erfinden muss.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Bemerkenswert ist, wie in Barcelona an einem derartigen Infopunkt nicht nur die Richtung wichtiger Nahziele angegeben wird, sondern auch eine kleine Umgebungskarte ähnliche 2D-Infos liefert, wie sie sich auch bei den Haltestellenaushängen der MVG/SWM im Bus- und Tram-Netz (Oberflächennetz) bestens bewährt haben (s. Fotobeispiel). Sinnvoll ist es auch, bei Zielpunkten auch noch eine Entfernungsangabe hinzuzufügen (z. B. Marienplatz 0,8 km).

Nota bene wäre die Installation eines derartigen Leitsystems in München auch ein einfacher Akt, nicht nur von der Förderung des Fußgängerverkehrs als besonders menschliche Form der Nahmobilität in gescheiten städtischen Grundsatzpapieren zu reden, sondern dies auch für alle sichtbar in die Tat umzusetzen, ohne andere Fortbewegungsarten zu diskriminieren.

gez. Dr. Georg Kronawitter Stadtrat	gez. Richard Quaas, Stadtrat stv. Fraktionsvorsitzender	gez. Ursula Sabathil Stadträtin stv. Fraktionsvorsitzende

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
09.12.10

Zukunftschancen für den ÖPNV München XXL verbreitern - nicht verbauen: die INZELL-Initiative untersucht das Potenzial von Zweisystem U-S-Bahnfahrzeugen für die Region München

Der Stadtrat möge beschließen:
Die Stadt München bringt in die INZELL-Initiative das Thema „Zwei-System- S-U-Bahnfahrzeuge für die Region München“ ein. Ziel ist, dem Stadtrat ein objektives Bild über das Potenzial eines Betriebsverbundes zwischen U- und S-Bahnnetz zu liefern. Die Stadt München trägt mit seinen Fachdienststellen aktiv zum Erfolg dieser Initiative bei.

Begründung:
Die INZELL-Initiative von BMW und Stadt München hat sich unter dem Motto „Verkehrsprobleme gemeinsam lösen“ bleibende Verdienste um die verkehrspolitische Diskussionskultur erworben.

Auf dem Forum INZELL VII am 26. November 2009 wurde vom Antragssteller in seiner Arbeitsgruppe das Thema „Zweisystemfahrzeuge für die Region München“ als Zukunftsthema eingebracht und vom AG-Referenten auch auf der Zusammenfassung im Plenum vorgestellt – sogar unter namentlicher Nennung des Antragsstellers.

Umso erstaunter war der Antragsteller, als im Bericht über INZELL VIII (http://www.inzell-initiative.de/shared/INZELL8-final-A4.pdf) kein Sterbenswörtchen über diese Thematik zu lesen war. Es ist müßig, darüber nachzudenken, ob dies nur ein ärgerliches Versäumnis oder eine Zensurmaßnahme ist, Tatsache ist, dass München an diesem Thema nicht vorbeigehen kann, wenn es nicht Chancen mit den Füßen treten will, die die Stadtväter vor 45 Jahren weitblickend für unsere Generation eröffnet haben.

Es muss hier ein weiteres Mal auf das überaus gute Zusammenwirken von U-Bahnbauchef Dr. Klaus Zimniok und dem damaligen OB Dr. Hans-Jochen Vogel hingewiesen werden, die bewusst Mehrkosten in Kauf nahmen, um einen Betriebsverbund U-/S-Bahn künftigen Generationen zu ermöglichen (http://www.georg-kronawitter.de/1952/index_2system.html).

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Erfreulicherweise hat stete Aufklärungsarbeit dazu geführt, dass interessierte Fahrgäste und Regionsbürger immer mehr erkennen (siehe SZ. 2.12.2010 Lokalteil München „Thema des Tages“), dass das heutige Hauptproblem des Münchner S-Bahnsystems ausschließlich im Westen liegt und hier die längst versprochene U-Bahnanbindung Pasings mit einem Betriebsübergang zur S-Bahn wahre Wunder bewirken würde.

Unabhängig davon hat auch SWM-Verkehrschef Herbert König vollkommen zu Recht mehrfach schon auf die Chancen eines Betriebsverbundes zwischen U- und S-Bahn hingewiesen, etwa im Zusammenhang mit einer direkten Anbindung der Arena an den Hauptbahnhof oder einer Verlängerung der U6 von Garching über Neufahrn in die Domstadt Freising.

Der unabhängige Beobachter wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, dass hier die eigentlich zuständigen Stellen von Stadt und Freistaat nach wie vor eine „Mikado-Politik“ nach dem Motto „Wer sich als erster rührt, hat verloren“ betreiben.

Der Stadtrat sollte sich der Aufbruchstimmung der 1960er Jahre bewusst sein und kraftvoll das Tor in eine reizvolle ÖV-Zukunft für Region und Kernstadt ein Stück aufstoßen.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

9.12.2010

Antrag Nr.:
Erhöhung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von MBQ
- Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm -

Der Stadtrat möge beschließen:
Für MBQ - Maßnahmen werden Indikatoren festgelegt, die eine Beurteilung der Effizienz und Effektivität der einzelnen MBQ-Maßnahmen ermöglichen (z.B. Kosten, Anzahl der Teilnehmer, Erfolge im Hinblick auf die Eingliederungs-, und Verbleibensquote beim Wechsel in den 1. Arbeitsmarkt etc.). Die Bundesagentur für Arbeit wird gebeten, ihre Erfahrungen dabei einfließen zu lassen. Künftig werden nur Maßnahmen gefördert, die eine Mindestwirksamkeit versprechen, und bei denen der Träger einen Eigenanteil leistet.

Begründung:
Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ), das kommunale Arbeitsmarktprogramm der Landeshauptstadt München ist in verschiedene Teilprogramme gegliedert: Programm Zweiter Arbeitsmarkt, Unterstützung des Strukturwandels, Sonderprogramm gegen Jugendausbildungs- und Jugendarbeitslosigkeit.

Um über die Effizienz und Effektivität der eingesetzten Finanzmittel und die Wirksamkeit bzw. Fortführung dieser MBQ Maßnahmen entscheiden zu können, müssen nachvollziehbare objektive Indikatoren entwickelt werden.
Um die Effektivität (Wirksamkeitsgrad) darzustellen, ist zu prüfen, ob die Leistungen die beabsichtigten Wirkungen erreichen. Es geht um die Frage: „Tun wir die richtigen Dinge“, werden die richtigen Programme, Schulungen etc. angeboten werden. Um die Effizienz (Wirtschaftlichkeit) darzustellen, ist zu prüfen, in welchem Verhältnis Leistung zu Kosten stehen.

Um den öffentlichen Sektor nicht immer weiter auszudehnen, dürfen Maßnahmen von der Stadt München nur mitfinanziert werden. Eine komplette Kostenübernahme für einzelne Maßnahmen der Trägern ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Landeshauptstadt München sollte alle Möglichkeiten nutzen und bei der Durchführung von MBQ Maßnahmen die größt mögliche Effektivität und Effizienz anstreben.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.
Christa Stock
Ea. Stadträtin

Gez.
Dr. med. Otto Bertermann
Ea. Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
09.12.2010

Kindertagesbetreuung in öffentlich-privater Kooperation (ÖPP) – ein Erfolgsmodell?

Schon seit mehreren Jahren „teilen“ sich im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) Firmen und Stadt Kinderbetreuungsplätze. Die Betriebe stellen dabei die Räume, die Stadt berät, bezuschußt und erhält im Rahmen dieses Modells neue Betreuungsplätze – mindestens die Hälfte neuerrichteter betrieblicher Kinderbetreuungsplätze stehen für Kinder zur Verfügung, deren Eltern nicht im Betrieb arbeiten. Auf der Internetseite des Rathauses werden derzeit (09.12.2010) 13 geplante oder bereits realisierte ÖPP-Betreuungseinrichtungen aufgeführt, darunter auch einige in Kooperation mit großen Firmen wie Siemens, Stadtsparkasse, Stadtwerke, Fujitsu etc.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Ab 2013 haben alle Eltern einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Betreuung ihrer Kinder (zwischen 0 und drei Jahren). Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) geht davon aus, daß 39 Prozent aller Eltern diesen Anspruch auch wahrnehmen wollen – gegenüber älteren Schätzungen des Bundesfamilienministeriums, das von 35 Prozent ausging. Wie ist München mit Blick auf die Zeitmarke 2013 hier aufgestellt?

2. Im bayerischen Landesdurchschnitt lag die Versorgungsquote für Kinder zwischen 0 und drei Jahren zum 01.01.2010 bei 20,5 %, für Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren bei 91,0 %. Wie sehen die Vergleichszahlen für München aus?

3. Im Rahmen öffentlich-privater Kooperationsprojekte (ÖPP) werden laut Internetseite der Stadt München derzeit (09.12.2010) 546 Kinderbetreuungsplätze angeboten. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt, weitere – auch mittlere und kleinere – Unternehmen verstärkt in öffentlich-private Kooperationsprojekte einzubinden, um zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen? Versucht die Stadt gezielt,

b.w.

weitere Firmen für die Kooperation bei der Schaffung von Betreuungsplätzen zu gewinnen? Wie und im Rahmen ggf. welcher Projekte?

4. Sieht die Stadt ggf. andere Modelle, um zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen – welche Rolle spielen z.B. freie Träger und privates Sponsoring in München?

5. Mit städtischen Mitteln in welcher Höhe werden ÖPP-Projekte bei der Kindertagesbetreuung von der Stadt bezuschußt (bitte Zahlen für die Jahre seit 2005 aufführen!)?

Karl Richter
Stadtrat